DGS / KWI / GOETHESTRASSE 31 / 45128 ESSEN

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/3899

A15, A10

DGS DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Tübingen, den 4. Mai 2021

Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zu geplanten Änderung Lehramtszugangsverordnung NRW am 11.5.2021

Gegenstand dieser Stellungnahme zum Entwurf der Lehramtszugangsverordnung (LZV) NRW[1] ist die geplante Abschaffung des Studienfaches „Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft)“ zugunsten eines Faches „Wirtschaft-Politik/Sozialwissenschaften“ für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen bzw. „Wirtschaft-Politik“ für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen.[2]

Diese Änderung ist sachlich unangemessen, weil sie in sich widersprüchlich ist und an der Lebenswirklichkeit der schulischen Bildung vorbei geht. Im Einzelnen:

1. Die LZR-Novelle konterkariert die erst jüngst reformierten Kernlehrpläne

Sachlich unangemessen ist die mit der Novelle der LZV NRW vorgeschlagene Neuordnung der Fachinhalte schon allein, weil die erst jüngst erfolgte Novellierung der Kernlehrpläne für Gymnasien und Gesamtschulen deutlich auf soziologische Wissensbestände und Kompetenzen abstellt. Da Änderungen der Kernlehrpläne einen erheblichen Vorlauf haben und komplexe Abstimmungsprozesse erfordern, ist eine kurzfristige Anpassung an die mit der Änderung der LZV NRW verfolgten Ziele nicht realistisch. Abgesehen davon wäre sie auch sachlich falsch.

Der starke Bezug auf soziologische Inhalte und Kompetenzen sei kurz an zwei Beispielen dokumentiert:

A. Im Inhaltsfeld 8 („Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher“) des Kernlehrplans für Gymnasien heißt es:

[1] Dokument „Entwurf LZV NRW MMV17-4275_i_d_F_v_2021-04-16.pdf“

[2] Der erst in der modifizierten Fassung der LZV vom April diesen Jahres nachträglich eingefügte Zusatz „/Sozialwissenschaften“ stellt nach unserem Dafürhalten eine rein rhetorische Korrektur dar, der keine substantiellen Änderungen zugrunde liegen. Insofern behalten auch die Stellungnahme der DGS vom 15.12.2020 sowie die Stellungnahme der DGS gemeinsam mit den soziologischen Instituten der nordrhein-westfälischen Universitäten vom 19.04.2021 ihre Gültigkeit.

„In diesem Inhaltsfeld werden rechtliche Rahmenbedingungen des Handelns und der Mediennutzung von Verbraucherinnen und Verbrauchern genauso wie die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Verbraucherrechten thematisiert. Hierbei werden auch Kaufentscheidungen in der digitalisierten Welt behandelt. Auf Basis eines Bewusstseins hinsichtlich eines nachhaltigen und ressourcenschonenden Konsums werden Möglichkeiten eröffnet, eigenes Handeln – auch jenseits der gesetzlichen Vorgaben – begründet zu gestalten. Ziel ist, einen Beitrag zur Entwicklung und Förderung einer reflektierten Konsumkompetenz zu leisten."

Als inhaltliche Schwerpunkte werden benannt:

„– Verbraucherrechte und -pflichten im Alltag: Kauf- und Mietverträge
– Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung
– Institutionen des Verbraucherschutzes und die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Verbraucherrechten
– Prinzipien nachhaltigen Handelns: Konsum und Ressourcenbewusstsein
– Einflüsse von Werbung auf Kaufentscheidungen: Algorithmen und Filter
– rechtliche Grundlagen für Mediennutzung: Persönlichkeits-, Urheber- und Nutzungsrechte"[3]

B. Für Gesamtschulen wird im Inhaltsfeld 12 formuliert:

„Dieses Inhaltsfeld setzt sich mit vielfältigen Aspekten der Berufs- und Arbeitswelt auseinander und zielt auf die individuelle berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler angesichts zunehmender Unsicherheit und Komplexität. Dazu tragen die Reflexion eigener Bedürfnisse und Interessen, Selbst- und Fremdeinschätzung eigener Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Kenntnisse über die aktuellen und perspektivischen Strukturen und Anforderungen von Berufen bzw. Berufsfeldern, schulischen und betrieblichen Ausbildungssystemen bei. Außerdem wird die Möglichkeit von Existenzgründungen und der damit verbundenen unternehmerischen Selbstständigkeit in den Blick genommen. Darüber hinaus werden Transformationen der Arbeitswelt und die damit verbundenen zukünftigen Entwicklungen und deren Gestaltungsmöglichkeiten behandelt. Es ist Ziel, selbstbestimmte und eigenverantwortliche Entscheidungen im Hinblick auf Lebensplanung und den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt zu ermöglichen."[4] (S. 64f.)

Aus diesen – hier nur ausschnittsweise zitierten – Kernlehrplänen bestimmt sich, welche Kompetenzen Lehrerinnen und Lehrer mitbringen, also in ihrem Studium erworben haben müssen, um die besagten Inhalte kompetent vermitteln zu können. So erfordert z.B. die im Kernlehrplan für die Gymnasien genannte Bearbeitung des Zusammenhangs von Werbung und Kaufentscheidungen mit Blick auf „Algorithmen und Filter" ersichtlich technik- und mediensoziologisches Wissen etwa über die Prozesse, in denen Algorithmen entwickelt und implementiert werden, aber auch darüber, in welchen sozialen und sozio-technischen Prozessen das Phänomen der Filterblasen entsteht und welche Konsequenzen es für soziales Handeln in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft hat. „Prinzipien nachhaltigen Handelns: Konsum- und Ressourcenbewusstsein" erfordert ein Verständnis davon, wie soziales Handeln als Gebrauch, Umgestaltung und Vernutzung natürlicher und

[3] Aus: Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in Nordrhein-Westfalen, S. 32
[4] Aus: Kernlehrplan für die Sekundastufe I Gesamtschule/Sekundarschule in Nordrhein-Westfalen, S. 64f.

gesellschaftlicher Ressourcen in globale Prozesse wie Armuts-/Reichtumsverteilung, Klimawandel oder Artenvielfalt eingreift und welche Konsequenzen daraus auf lokaler, nationaler und globaler Ebene resultieren.

Noch klarer sind die erforderlichen soziologischen Kompetenzen im Kernlehrplan für die Gesamtschulen: Die Vermittlung von Reflexionsfähigkeit in Bezug auf eigene Bedürfnisse und Interessen im Kontext „aktueller und perspektivischer Strukturen and Anforderungen von Berufen bzw. Berufsfeldern" im Sinne einer erweiterten Orientierungskompetenz „angesichts zunehmender Unsicherheit und Komplexität" gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge lässt sich ohne vertiefte Kenntnisse etwa der Sozialisationsforschung, der Arbeits- und Betriebssoziologie, der soziologischen Ungleichheitsforschung überhaupt nicht kompetent leisten. „Selbstbestimmte und eigenverantwortliche Entscheidungen im Hinblick auf Lebensplanung und den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt" sind nicht allein und oft nicht einmal vorrangig ökonomisch motivierte Entscheidungen. Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sie kompetent und zukunftssicher zu treffen, setzt auf Seiten der Lehrenden vertiefte Kenntnisse soziologischer Gegenwartsdiagnosen, aber auch Wissen um die Methodik und die prognostischen Leistungen soziologischer Forschung voraus.

Der (hier nur kurz angedeutete) Vergleich der geltenden Lehrpläne mit der von der Landesregierung NRW angezielten Neuordnung der fachlichen Ausbildung in den sozialwissenschaftlichen Fächern würde also notwendig zu fachwissenschaftlichen Defiziten in der Ausbildung der Lehrkräfte in NRW führen.

2. Lebensweltliche Kompetenz geht über Konsum und Wahlentscheidungen hinaus

In der Begründung für den veränderten Fächerzuschnitt in der LVZ NRW argumentiert das zuständige Ministerium, dass Lehrkräfte, die künftig für die ökonomische Bildung verantwortlich sind, „künftig stärkere Ausbildungsschwerpunkte in den lebensweltlichen Themenbereichen Wirtschaft und Politik" benötigen würden.

Anders als gerne behauptet, liegt das zentrale Problem unserer Gesellschaft allerdings nicht darin, dass Schülerinnen und Schüler nicht wüssten, wie man ein Girokonto eröffnet, seine Steuererklärung verfasst oder einen Kredit beantragt, sondern darin, ein Bewusstsein dafür zu schaffen oder zu schärfen, wie unser Gemeinwesen funktioniert und wie praktische Teilhabe daran herzustellen ist. Teilhabe reduziert sich dabei nicht auf die Rolle von Konsumentinnen und Konsumenten bzw. von Wählerinnen oder Wählern, sondern umfasst alle Dimensionen der Teilhabe an, der Selbstverwirklichung in sowie des Verständnisses und der Veränderung von Gesellschaft.

Es ist anzuerkennen, dass die Umgestaltung der Lehrpläne darauf zielt, in den Schulen mehr alltagsnahe Kompetenzen zu vermitteln. Dies darf allerdings nicht auf Kosten der Reflexionskompetenz gehen, die Gesellschaftsmitglieder benötigen, um die Tragweite ihrer Entscheidungen und den Möglichkeitsraum ihres (auch gemeinschaftlichen) Handelns zu erkennen, aber auch Struktur und Genese jener Grenzen, die ihre Handlungsmöglichkeiten alltäglich immer wieder einschränken.

3. Eine zunehmend komplexere Welt erfordert besonders darauf vorbereitete Jugendliche und junge Erwachsene

In einer Talkshow bei Anne Will sagte die Grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock am 25. April 2021 unter anderem: „Der soziale Kitt ist das, was uns durch diese Krise getragen

hat."[5] Andere führende Politikerinnen und Politiker formulieren derzeit ähnliches. Das ist kein Zufall, denn es ist zweifelsohne richtig, dass gutes Regieren und ökonomische Unterstützung in der Krise unabdingbare Faktoren für einen erfolgreichen Umgang mit der Corona-Krise sind. Aber alles das kann Wirkung nur entfalten, wenn es auf Solidarität, auf Verantwortungsübernahme füreinander, Rücksichtnahme aufeinander und Respekt in der Gesellschaft trifft. Das sind Themen, die die Schule nicht allein dem Ethik-Unterricht überlassen kann, denn zunächst bedarf es eines Verständnisses davon, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt überhaupt entsteht, in welchen sozialen Prozessen, durch welche Strukturen, aber auch in welchen alltäglichen Handlungspraktiken er gestärkt und wodurch er evtl. gefährdet wird. Dabei ist es allein das Fach Soziologie, das dieses Orientierungswissen fortlaufend bereitstellt und auch die Methoden einer auf empirischen Fakten basierenden Erforschung des Gesellschaftlichen in all seinen Manifestationen.

Gesellschaft(en) und die Welt insgesamt sind fraglos komplexer geworden. Das hat nicht nur mit der ökonomischen Globalisierung zu tun, sondern ebenso mit kulturellen, sozialen und politischen Verflechtungen, die inzwischen die Grenzen von Nationalstaaten, Kontinenten und Kulturräumen souverän überschreiten und uns im Zeitalter digitaler Medien in bisher nicht gekannter Geschwindigkeit und Vielfalt auch in unseren Alltag hinein vermittelt werden.

Mit dem Maß an globaler Verflechtung werden aber auch Krisen global und globale Krisen als solche sichtbar. Die Klimakrise und die Corona-Pandemie sind zwei Prozesse, die nicht nur unser aktuelles Handeln von kleinen Alltagsentscheidungen bis hin zu staatlichem Handeln und internationalen Aushandlungen dominieren, sondern die auch gewaltige Konsequenzen für die kommenden Jahrzehnte zeitigen werden. Konsequenzen also, mit denen die Generationen der aktuellen und künftigen Schülerinnen und Schüler konfrontiert sein werden. Sie werden damit vor der Aufgabe stehen, in einer immer komplexeren Welt ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu sichern und mit verantwortlichem Handeln Gesellschaft so weiter zu entwickeln, dass sie Krisen, auch solche bislang noch unbekannter Art, zu bewältigen vermag.

Corona-Pandemie und Klimakrise haben aber auch die Fragilität und Brüchigkeit vermeintlich stabiler und sicherer gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen offen zu Tage treten lassen. Es hat sich gezeigt, dass Teile der Bevölkerung, aber auch Teile der politischen Institutionen von den Ereignissen und den Herausforderungen bei der Bewältigung dieser Krisen verunsichert und überfordert waren. Je nach Milieu und sozialer Lage hat das teils zu Rückzugstendenzen, teils aber auch zur Verbreitung offen undemokratischer Postionien bis hin zu Verschwörungstheorien und zur Infragestellung demokratischer Institutionen geführt.

Hier zeigt sich auch, dass Jugendliche und junge Erwachsene dringend umfassend darin unterstützt werden müssen, die erforderliche Resilienz für eine souveräne, die eigene Identität und Handlungsfähigkeit nicht bedrohende Begegnung mit den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu entwickeln. Grundlage dieser Widerstandfähigkeit ist die analytische Kompetenz, Ereignisse und Dynamiken des gesellschaftlichen Geschehens einzuordnen und sich selbst dazu in ein realistisches Verhältnis zu setzen. Hier liegt die

[5] Quelle: https://daserste.ndr.de/annewill/archiv/Bundes-Notbremse-in-Kraft-Durchbruch-oder-Tiefpunkt-in-der-Pandemiepolitik,erste11582.html (Zugriff: 03.06.2021)

Aufgabe der Soziologie im Kanon der sozialwissenschaftlichen Fächer in der Lehrkräfteausbildung.

4. Soziologie im Verhältnis zu anderen Fächern

Die Soziologie versteht sich als eine Reflexionswissenschaft. Sie vermittelt also nicht einfach Wissen über das So-Sein von Gesellschaft, sondern klärt über die sozialen und kulturellen Prozesse auf, in denen konkrete Gesellschaften in ihrer aktuellen Gestalt entstehen. Das Verstehen politischer Systeme in und zwischen Gesellschaften ist ebenso ein wichtiges Kompetenzfeld wie es ökonomische Kenntnisse von der Alltagsökonomie bis zur Weltwirtschaft sind. Beide liefern allerdings immer nur im Gegenstandsbezug partialisierte und auf begrenzten Theorieperspektiven beruhende Perspektiven auf die Gesamtheit gesellschaftlicher Vollzüge. Ein vollständiges Bild, wie es der sozialwissenschaftliche Unterricht vermitteln muss, kann erst durch den gleichberechtigten Einbezug genuin soziologischer Kompetenzen etwa in den Feldern milieuspezifischer Sozialisation, Medien und Gesellschaft, Migration und Interkulturalität, Sozialstrukturanalyse, Soziologie der Generationen- und der Geschlechterverhältnisse, Arbeits- und Technikforschung oder der Soziologie der Bildung und Erziehung vermittelt werden.

Ebenso wichtig wie die Beibehaltung der Integration soziologisch-fachwissenschaftlicher Inhalte in die Lehrerausbildung ist es für eine zukunftsorientierte Schule, auch die reflexionswissenschaftliche Perspektive der Soziologie im Unterricht zu vermitteln. Gerade angesichts anstehender gesellschaftlicher Veränderungen vor dem Hintergrund von Klimawandel, Ressourcenknappheit und einem weltweit dramatisch wachsenden Ungleichheitsgefälle, aber auch mit Blick auf die Pluralisierung familialer Strukturen oder die Bedrohung der Gesellschaft durch extremistische Tendenzen muss sozialwissenschaftlicher Unterricht die Problemlösungsfähigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gezielt fördern.

Mit den in jüngerer Zeit in allen Bundesländern umgesetzten Bildungsreformschritten war zentral die Umstellung der schulischen Ausbildung von der Wissensorientierung auf eine Kompetenzorientierung verbunden: In einer Zeit, in der sich zu nahezu jedem Wissensproblem eine passende Google-Abfrage formulieren lässt, geht es in der schulischen Ausbildung inzwischen viel mehr um die Kompetenz, mediale Inhalte auf ihre Tauglichkeit und Authentizität einzuschätzen, auftretende Probleme erst einmal analytisch so zu durchringen, dass sie bearbeitbar werden und die Entwicklung der richtigen Methoden zu ihrer Bearbeitung. Diesem Denken ist die Soziologie seit ihrer Gründung verpflichtet. Die Schule von morgen braucht eher mehr als weniger davon.

5. Fazit

Nach Abwägung der verschiedenen hier zu betrachtenden Aspekte bleibt als Schlussfolgerung festzuhalten, dass die mit der LZV NRW angestrebte Fokussierung der sozialwissenschaftlichen Lehramtsausbildung auf die Fächer Wirtschafts- und Politikwissenschaft bei gleichzeitiger Marginalisierung soziologischer Fachkompetenz den mit den gelten Lehrplänen formulierten schulischen Kompetenzzielen diametral widerspricht. Dies wiegt umso schwerer als die aktuellen Krisen und die absehbaren Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und die Weltgemeinschaft stehen, gerade jener soziologischen Analyse- und Problemlösungsfähigkeit bedarf, deren

Grundlagen angehende Lehrkräfte in NRW nun – sollte der Entwurf der LZV in dieser Form verabschiedet werden – in ihrem Studium nicht mehr erwerben würden. Das wäre ein u.E. zu hoher Preis für das allein politisch motivierte Ziel einer Stärkung des wirtschaftskundlichen Profils in der Lehramtsausbildung. Wenn Deutschland ein Land innovativer Lösungen für die Probleme von heute und morgen sein soll, dann braucht es dafür nicht nur Ingenieurinnen und Ingenieure, Kaufmänner und Kauffrauen oder Politikerinnen und Politiker, sondern eine ganze Gesellschaft findiger Menschen, die Lösungen in allen Bereichen zu entwickeln und selbstbewusst zu vertreten in der Lage sind.

Die Demontage eines seit einigen Jahrzehnten in NRW geradezu vorbildhaft funktionierenden gemeinsamen Fachkanons von Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft wäre da ein Schritt in die falsche Richtung.

Für die Deutsche Gesellschaft für Soziologie
Prof. Dr. Jörg Strübing